

Der Kultusetat im Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 28. Februar.

Von Ministerpräsident v. Trost zu Solz.
Präsident Graf Schwerin-Löwig eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten.

Die zweite Lesung des Staatshaushalts wird bei dem Vorschlag für das Kultusministerium fortgesetzt, und zwar behandelt das Haus die Universitäten, Kunst und Wissenschaft, Hochschulen.

Den Bericht des Haushaltsausschusses erstatteten die Abgeordneten Dr. v. Savigny (Fr.) und Dr. v. Campe (Natlib.).

Minister v. Trost zu Solz:

Der Vorschlag bringt nicht nur die bisherigen Summen, sondern manche Posten sind erhöht, einige sogar ganz neu eingesetzt worden. Das gilt namentlich für das Studium des Auslands. Die Denkschrift, die ich vorgelegt habe, geht über das hinaus, was man ursprünglich als Ziel der „Auslandshochschule“ bezeichnete. Die Frage ist in meinem Ministerium nach allen Seiten hin gründlich geprüft. Wir sind ein Volk von Welt und müssen es bleiben. Für ein solches Volk ist eine genaue Kenntnis der Weltumstände, der Weltpolitik und der Stellung Deutschlands in der Welt nötig. Hier brauchen wir auch eine „Reorientierung“. Hierfür kommen in erster Linie die Universitäten in Frage, aber nicht minder auch die technischen Hochschulen. Unsere Universitäten dienen einmal der reinen Forschung, aber sie dienen auch als Lehrstätten. Unsere Universitäten müssen mitten im nationalen Leben stehen. Das Ziel, das sich das Auslandsstudium setzen muß, ist hoch, dazu führt ein langer Weg. Die vielen Aufgaben, die hier gestellt sind, können unmöglich von einer Stelle aus gelöst werden. Der Streit, ob das Reich oder die Bundesstaaten sie zu lösen haben, beruht auf der Vieldeutigkeit der Aufgaben, die zum Teil nur vom Reich, wie die Propaganda im Auslande, zum anderen Teile aber, wie die Bildungsaufgaben, nur von den Bundesstaaten erfüllt werden können. Die Aufgaben des Auslandsstudiums sind so wichtig, daß finanzielle Bedenken zurücktreten müssen. Die Wirkung dieses Planes wird nur langsam bemerkbar werden. Deshalb müssen wir bald ans Werk gehen. Bewilligen Sie dazu die erforderlichen Mittel (Beifall).

Hbg. Dr. Heß (Zentrum):

Wir haben nie verlangt, daß in katholischen Gegenden nun für alle Fälle katholische Beamte angestellt werden. So schematisch lassen wir die Parität nicht auf. Aber eine gewisse Berücksichtigung der Bevölkerung ist doch geboten. Für die Förderung der deutschen Kunst muß mehr als bisher geschehen. Von unseren Feinden muß uns das, was sie uns früher an Kunstwerken geraubt haben, zurückgegeben werden. Ich freue mich, daß sich jetzt der Reichsfinanzsekretär mit beiden Füßen auf den Boden der Zahlung einer Kriegsgeldentwertung durch unsere Feinde gestellt hat. (Beifall.) Den Heldenheimen sehen wir ablehnend gegenüber. Wir sehen in den Heldenheimen eine Anlehnung an die vorchristliche Zeit, die wir nicht billigen können. (Sehr richtig im Zentrum.) Für unsere aus dem Felde zurückkehrenden Studenten müssen wir in jeder Beziehung sorgen; die Erklärungen des Ministers über die Verkürzung der Studienstudien war für uns eine angenehme und geistreiche Uebersetzung. Wir sind hier mit der Dezentralisation auf dem richtigen Wege. Aber ein gewisser Oberbau darf nicht fehlen. Unser Nationalbewußtsein muß gestärkt werden, es ist ein Mangel daran, wenn ein deutscher Staatsminister auf einem Bankett zu Ehren eines „neutralen“ Diplomaten englisch spricht. Und was zum Teufel geht uns B. E. D. die Freundschaftsergüsse des Grafen Bernstorff vor?! (Lebh. Zus. rechts.) Mehr deutsche Würde, mehr Zivilcourage!

Hbg. Dr. Trmer (Kont.):

An dem Dombau unserer Wissenschaften und Künste ist auch in dieser schweren Zeit nicht gespart worden, die staatlichen Bauten werden in aller Vornehmheit weitergeführt, ohne Rücksicht! Wir haben auch wertvolle Erwerbungen gemacht für unsere Staatsgalerien. Könnte doch der Staat dem Künstlerleben mehr abhelfen! Freilich, das war Künstlerelend zu jeder Zeit. Aber man kann doch nicht die Tore der Museen wahllos öffnen. Nur Meisterwerke passen hinein. Der Staat soll vom Künstler, nicht vom Händler kaufen. Bei den ganz modernen Bildern ist es meist ganz gleich, wie sie hängen, man versteht doch nicht, was sie darstellen. Bei der Prüfung des Lehrplans bitte ich, vor dem Lateinischen und Griechischen haltzumachen. Schon vor 25 Jahren wurde ich im Auswärtigen Amt mit einer Arbeit über das Auslandsstudium beauftragt, also neu ist die Frage nicht! Sie hat immer Schritt gehalten mit unserer weltpolitischen Entwicklung. Eine besondere Auslandshochschule neben den Universitäten wäre Kräftevergeudung. Wir müssen für eine gezielte Auslandsbildung unseres Volkes sorgen. Mit der Weltwirtschaft steht und fällt die Weltmachtstellung. Erzieht das deutsche Volk zum Weltvolk! (Beifall.)

Hbg. D. Craub (Fortschr. Upt.):

begründet einen Antrag, der von allen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, unterstützt ist:

in den nächstjährigen Haushaltsplan erstmalig 20 000 M. zur Förderung von Veröffentlichungen und Forschungen über die Zeit der Reformation und Gegenreformation einzustellen und mit dieser Aufgabe eine Kommission von protestantischen und katholischen Forschern zu betrauen.

Wir fürchten nicht, daß nach diesem Krieg eine Zeit der Reaktion kommt; folgte ja auf 1815 sogar die hohe Zeit der deutschen Pädagogik. Wir erhoffen auch für die Zukunft eine neue Blüte der Pädagogik. Gott sei Dank, wenn wir in eine Zeit hineinwachsen, in der wir alle, über die Parteigrenzen hinweg, alle unsere Kraft an eine deutsche Weltpolitik legen. Die Universitäten sind nicht nur vom Nützlichkeitsstandpunkt zu beurteilen, und erzkühnherweise bringt die Auslandsdenkschrift die Wissenschaft in eine direkte Beziehung zum Staat, was mit richtigem Auffassung übereinstimmt. Wir denken dabei an einen idealen Staatsbegriff, nicht an ein temporäres Kultusministerium. Die vorbildlichen Leistungen unseres Orientalischen Seminars sollten in die breiten Volksmassen dringen. Man weiß gar nicht, was unser Wissenschaftsbetrieb schafft.

Die Geschichte ist die Voraussetzung aller weltpolitischen Betätigung, der Historismus soll aber nicht in den Vordergrund gestellt werden. Die Beschäftigung mit der Weltpolitik soll, nach der Denkschrift, auf nationaler Grundlage erfolgen. Dazu gehört aber, daß wir uns nicht an alle Weltpolitik und alle Eigenheiten fremder Völker vergehen, sondern auf unserem eigenen Standpunkt beharren. (Sehr richtig!) Die Presse leistet verschiedentlich wertvollsten weltpolitischen Unterricht, der muß auch künftig gewürdigt werden. Die Teilnahme der Technischen Hochschulen ist gar nicht zu entbehren, und das Auslandsdeutschtum ist dabei wohl zu berücksichtigen.

Zu Rechner weist dann auf die akademische Mitarbeit an den praktischen Bestrebungen zu engerem Zusammenschluß mit unseren Bundesgenossen hin und verweist namentlich auf den Standpunkte der allgemeinen Hebung des wissenschaftlichen Geistes auf seinen Antrag. Das in den Schützengräben zusammengewachsene Volk hat ein tiefes Verständnis für den Lutherjorn der freien Rede, für die durch nichts zu brechende Zuversicht um für den Bekenntnis der evangelischen Kirche, daß die Obrigkeit das Recht hat, Kriege zu führen. Eine von konfessioneller Einseitigkeit freie Geschichtsschreibung der Reformationszeit soll gefördert werden. Ich

halte mich fern von dem Glauben an eine Vereinerung der Kirche; viel besser, sie erhalten sich beide kräftig in ihrer Eigenart. (Zustimmung.) Es ist ein Marktstein, wenn es bei der 400-Jahr-Feier der Reformation möglich sein sollte, daß auf wissenschaftlicher Grundlage von beiden Seiten zusammengearbeitet und manches beleuchtet wird. (Beifall.)

Kirche und Krieg.

Gegenüber dem Abg. Dr. Hoffmann betone ich, daß die Kirche recht hat in ihrer Haltung zum Kriege und in ihrem Eintreten für das Aushalten. Mit dem staatspolitischen Verhältnis der Kirche hat das gar nichts zu tun. Und wenn wir statt eines nationalen Kriegs eine Revolution hätten, so würde Herr Hoffmann unter Umständen auch anders reden. (Sehr gut!) Der Kirche war Frieden immer lieber als Krieg, das muß aber kein fauler Frieden sein, denn der Frieden an sich ist nicht das höchste Gut. (Sehr wahr! rechts.) Unchristlich ist es, in dieser Zeit nicht an die Seite seines Volkes zu stellen, sondern die Klassen zu verheeren, „Frieden!“ zu rufen in einer Zeit, wo kein Frieden ist, und in der den Frieden zu fördern heißt: ihm schlecht den Weg bereiten! (Lebh. Zus. rechts.) Wenn ich in dieser Zeit wissen will, was Christentum ist, so geh' ich nicht zu Herrn Adolf Hoffmann, sondern zu dem, der Christ und Kriegsmann zugleich ist, zu unserem Hindenburg! (Erneute lebh. Zus.)

Schließlich entwickelt der Redner eine Reihe von Vorschlägen für den Ausbau und die Reform des Hochschulstudiums. Unsere Studentenschaft soll aufwachen in einem neuen Idealismus, der nach der philosophischen Forderung aus der Durchdringung unseres ganzen Wissens entspringt.

Als Gast bei den Kriegertagungen ist künstlerisch von unallseitigster Wirkung. (Sehr wahr!) Gegenüber den tadelnden Worten, die über die moderne und modernste Kunst gesprochen wurden, verweise ich auf Schintels Wort: „Die Kunst ist nichts, wenn sie nicht neu ist!“ Der moderne Künstler muß das Recht haben, das zu sagen, was er empfindet, und das zu schaffen, was er für recht hält. Achten wir in allem die Einheit des deutschen Geistes! Vor drei Wochen mußte sich hier Herr Reinert entschuldigen wegen eines Lobes, das in Wahrheit gegen ihn vielleicht hätte angewendet werden können. Wohin kommen wir, wenn ein Sozialdemokrat nicht mehr von einem Bürgerlichen und ein Bürgerlicher nicht mehr von einem Sozialdemokraten gelobt werden dürfte! Nein, hoffen wir auf den neuen einheitlichen deutschen Geist! (Lebh. Beif. auf verschiedenen Seiten.)

Hbg. Dr. v. Campe (Natlib.):

Den Antrag Traub begrüße ich; hoffentlich schließt sich auch das Zentrum diesem Antrage an, namentlich nach den Ausführungen des Abg. Traub. Das Entgegenkommen des Ministers gegenüber den Studenten ist sehr erfreulich. Die jungen Leute, die ihre besten Kenntnisse im Schützengraben zubringen müssen, verdienen auch ein solches Entgegenkommen. Warum verlegt man nicht das Examen der Kriegspriester auf die Universitäten? Die Professoren würden dann einen fortgesetzten freiwilligen vaterländischen Hilfsdienst gegenüber den Studenten erfüllen können. Der Abg. des Reiches ermahnt uns von unseren Kriegspriestern genommen werden. Eine Verkürzung des Studiums halte ich für durchaus zulässig, wenn man die Ferien zu Hilfe nimmt. Die Professur des Professors Heibauer ist leider immer noch nicht besetzt. Es ist bedauerlich, daß diese Professur eines Mannes von Welt auf an der größten Universität Deutschlands so lange verwaist ist. Den Standpunkt, den die Denkschrift des Ministers zu den Auslandshochschulen einnimmt, entspricht dem Beschluß des Ausschusses. Wir arbeiten an dem Gedanken schon seit 30 Jahren. Vor dreißig Jahren waren wir noch binnenpolitisch, heute sind wir weltpolitisch. Bismarck glaubte die Kolonien noch durch die Kanonen von Mexiko zu gewinnen. Der Krieg hat uns anders gelehrt. Binnenland ist Stille. Das deutsche Volk atmet auf in der Luft der Weltpolitik. Unsere Politik kann keine Landes- und Meeressgrenzen mehr kennen. Die Kenntnis des Auslandes wird nach dem Kriege noch wichtiger sein als bisher.

Der Ruhen der Auslands-Hochschulen.

England wird aus dem Kriege so geschwächt hervorgehen, daß es ganz anders seine Konkurrenzkräfte uns gegenüber einsehen muß. Dazu kommt der beachtliche wirtschaftliche Boykott. Auch die schweren Verluste in unserer Bevölkerung erschweren uns den Kampf. Der Komplex unserer Interessen wird sehr viel schwerer zu entwirren sein als bisher. Unsere Parlamentarier werden sehr gut tun, die Vorteile der Auslandshochschulen sich zunutze zu machen. Unsere Journalisten und heute Lehrer und Beamten der öffentlichen Meinung und der Massen überhaupt. Vielen Herzen müssen wir die Möglichkeit geben, sich über die Verhältnisse in den Auslandshochschulen zu unterrichten. Uns stehen nicht der Apparat und die Auslandsbeziehungen Englands zur Verfügung. Wir sind selbst im Kriege immer noch auf Reutersklausen angewiesen. Hoffentlich gibt uns der Friede auch die Möglichkeit, für selbständige Verbindungen mit dem Auslande zu sorgen. Doch das ist Reichsfrage. Die Gebiete, die die Auslandshochschule besuchen soll, sind ja in der Denkschrift enthalten. Ob aber alle die Ansprüche an die Auslandschule aufgeführt sind, ist mir zweifelhaft. Die Prognis muß noch mehr zu ihrem Rechte kommen. Das muß auch in den Lehrgegenständen noch mehr zum Ausdruck kommen.

Auch die technischen Hochschulen können nicht nur in ihren allgemeinen Abteilungen, sondern in ihren Sonderabteilungen herangezogen werden. Ich denke da beispielsweise an die Geologen. In Wirklichkeit sollen diese Hochschulen der Auslandspolitik dienen; sie dürfen nicht ihre wissenschaftliche Grundlage verlieren, aber es dürfen nicht nur Professoren auf den Kathedern sitzen, sondern auch Männer des praktischen Lebens. Vor hundert Jahren hat in schwerer Zeit Preußen die Universität Berlin geschaffen. Hoffen wir, daß die auch in schwerer Zeit entstehende Auslandshochschule zu ähnlicher Blüte gelangt (Beifall.)

Hbg. Dr. Rewoldt (Frk.):

Dem Antrag Traub stimmen wir zu. Er wird dazu beitragen, dem Reformationsfest ein würdiges Denkmal zu setzen. Schon 1913 verlangte der Reichstag den Ausbau des Orientalischen Seminars zu einer Auslandshochschule, wie ihr Gedanke heute in etwas anderer Form zum Ausdruck gekommen ist. Herr Scheidemann hat gestern im Reichstag gesagt: „Man tut gut, auch die anderen Völker nach dem eigenen Maße zu beurteilen; die Unterschiede sind gar nicht so groß!“ Solche Ausführungen zeigen nur, wie bitter Not unserer Völker eine bessere Kenntnis des Auslandes tut. (Sehr richtig!) Der Krieg hat auch sonst gezeigt, wie unvollkommen wir mit den Anschauungen des Auslandes vertraut sind. Früher zur Zeit des heiligen römischen Reiches deutscher Nation war man besser über die ferneren Länder unterrichtet. Unsere Universitäten drohen immer mehr in Hochschulen auseinanderzufallen. Dem kann auch die Auslandshochschule entgegenwirken und in Deutschland ein praktisches Weltbüreau erzeugen. (Beifall.)

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr.

In einer persönlichen Bemerkung nennt der Abg. Dr. Hoffmann (Soz. L. G.) den Abg. Traub wegen dessen Kritik seiner gestrigen Rede einen „elenden Verleumder“ und wird vom Vizepräsidenten Dr. v. Krause zur Ordnung gerufen.

Abg. D. Traub: Ich verzichte auf eine Entgegnung! (Beifall.)
Schluß 5 1/2 Uhr.

Das Programm für die Uebergangswirtschaft.

Aus dem Reichstags-Ausschuß für Handel und Gewerbe.

Der Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe nahm heute den Bericht des Reichskommissars für die Uebergangswirtschaft Senator Dr. Stamer über die Vorarbeiten zur Aufstellung eines Programms für die Uebergangswirtschaft entgegen. Die Darlegungen bezogen sich auf die Valutafolge, die Lonnagefrage, die Verteilung der Rohstoffe aus In- und Ausland, die Wiederbeschaffung der mobilisierten Arbeiter, die Nationalisierung der Lebensmittel, die auch zunächst nach dem Friedensschluß beizubehalten sei. Infolge der augenblicklichen Lage sei es unmöglich, jetzt schon ein festes Programm aufzustellen, das werde erst in einigen Monaten möglich sein.

Ein Mitglied des Ausschusses wünschte eine Statistik des Verbrauchs, die dem Reichsamt ein wesentliches Hilfsmittel für seine Arbeiten sein werde. Dem stimmte der Reichskommissar zu und erklärte, daß die Erzeugungstatistik aus dem Jahre 1912 ihm bereits zur Verfügung stehe; sie bedürfe aber noch nach mehreren Richtungen hin der Ergänzung. Ein anderes Mitglied wünschte weitestgehende Mitwirkung des Reichstagsausschusses bei den Vorarbeiten für die Uebergangswirtschaft und erstattet regelmäßige Mitteilungen über die Arbeiten der in Betracht kommenden Ausschüsse und Organisationen.

Der Reichskommissar hielt dauernde Fühlungnahme mit dem Ausschuss für angebracht, er könne sich aber kein Bild davon machen, wie eine weitergehende Arbeit des Ausschusses möglich sei.

Die weitere Erörterung betraf die Gestaltung der vom Reichskommissar vorgesehenen Rohstoffverteilungsgelellschaften für die Industrie und die Verwendung der bereits vorhandenen Vorkäufe an Rohstoffen aller Art. Der Reichskommissar erklärte, er denke sich die Verteilungsgelellschaft als Selbstverwaltungskörper der Industrie unter Aufsicht des Reichskommissars; der Handel werde bei der Rohstoffverteilung nicht zu umgehen sein; die Verkäufer hätten die Pflicht, nicht nur an die eigenen Interessen, sondern auch an die Notwendigkeit der Beschäftigung der gesamten Industrie zu denken, ihnen solle etwa durch Drängen eine Entschädigung für das übernommene Risiko geboten werden.

Der Gedanke der engeren Zusammenarbeit des Uebergangsamtes mit dem Reichstagsausschuß fand die grundsätzliche Zustimmung aller Redner. Die Aussprache führte schließlich zu dem Antrag: Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Fügung des Herrn Unterstaatssekretärs, vor der endgültigen Entscheidung über wichtige Fragen in der Uebergangswirtschaft dem Ausschuss Gelegenheit zur Äußerung zu geben und mit Berichterstatter und Mitberichterstatter in der Zwischenzeit in Verbindung zu bleiben. Der Ausschuss überläßt dem Vorsitzenden die Anberaumung der nächsten Sitzung zur Besprechung der Rohstoffverteilung. Der Antrag fand einstimmige Annahme.

Ein zweiter Antrag lautet: „Der Ausschuss spricht den dringenden Wunsch aus, Arbeiter- und Angestelltenvertreter der verschiedenen Richtungen für den Beirat der Uebergangswirtschaft zu ernennen.“

Dieser Antrag wurde mit Mehrheit angenommen, nachdem ein Mitglied den Wunsch geäußert hatte, auch Vertreter der großen Innungsverbände und Genossenschaften zu den Vorbereitungsarbeiten zuzuziehen, damit so das kleine und mittlere Gewerbe die gebotene Berücksichtigung finde.

Vossische